

Zeitschrift: Das Schweizerische Rote Kreuz
Herausgeber: Schweizerisches Rotes Kreuz
Band: 81 (1972)
Heft: 2

Artikel: Friedensforschung
Autor: Frei, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-974403>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nicht mehr verteidigt werden. Verteidigt werden müssen die Schlüsselpositionen des öffentlichen Lebens, darunter vor allem die Versammlungs- und Informationsfreiheit. Dies wird nicht kleinen Widerstandsgruppen überlassen, die – einmal entdeckt – verhältnismässig leicht auszuschalten sind. Vielmehr ist die ganze Bevölkerung beteiligt, die nach wie vor keine Waffen führt, auch keine Zerstörungen vornimmt: sie ist einfach da. Die Besatzungsmacht muss mit Gewalt gegen Leute vorgehen, von denen sie in keiner Weise bedroht wird. Der Gebrauch der Waffen erscheint dem einzelnen Besatzungssoldat nicht mehr notwendig und gerechtfertigt wie beim gewalttätigen Widerstand kleinerer oder grösserer Gruppen. Das Vorgehen der Fremdmacht ist eindeutig immer Schlag und nie Rückschlag auf der gleichen Ebene. Von dieser Tatsache versprechen sich die Vertreter der Gewaltlosigkeit eine tiefgreifende Wirkung.

Niemand verspricht Erfolg etwa in dem Sinne, dass der Feind seine Aktion nach einiger Zeit abbrechen und beschämt von dannen ziehen würde. Ein solcher Krieg kann lange dauern. Es kann und wird auch Opfer geben: Gefangene, Gefoltete, Tote. Auch die Niederlage ist möglich, wenn die Verteidigung durch Gewaltlosigkeit durchbrochen wird und es doch zu Sabotage und gewalttätigen Vergeltungen kommt (wie 1939–1945), wenn wichtige Gruppen zur Kollaboration oder wenigstens zur Anpassung übergehen, zum Verzicht auf die aktive Gewaltlosigkeit. – Immerhin verspricht man sich von dieser Art Verteidigung eine wesentlich kleinere Zahl von Todesopfern und auch bedeutend weniger Sachschaden.

Ist die Gewaltlosigkeit eine Alternative?

Aus diesen wenigen Andeutungen dürfte das Prinzip der Gewaltlosigkeit klar hervorgehen. Seine Anhänger, namentlich diejenigen auf dem «linken» Flügel der Friedensforschung, erwarten von dieser Form der Rüstung eine abschreckende Wirkung auf potentielle Landesfeinde: Die Kosten werden dem Gegner schon im voraus zu hoch vorkommen. Die erforderlichen Truppen und Fachleute werden seine eigene Produktion und Dienstleistung zu sehr belasten. Die Rückwirkung der Gewaltlosigkeit auf die Moral im Hinterland der Angreifer wird eine Fortsetzung der Besetzung auf die Dauer verunmöglichen. Aus solch optimistischer Sicht heraus fordern die Vertreter dieses Programms eine «Umrüstung» auf die «Gewalt der Gewaltlosigkeit». Dies sei gerade in Mitteleuropa wichtig, weil Industriestaaten mit geballter Bevölkerung besonders verletzlich sind. Hierzu müssen Bedenken angemeldet werden. Es seien zwei Punkte herausgegriffen. Die Konzeption setzt bei Angreifern wie bei Verteidigern eine ganz bestimmte sec-

uläre Konstellation voraus. Ist es schon fraglich, ob die Angreifer in oberen wie in unteren Rängen so reagieren werden, wie das Programm der Gewaltlosigkeit es ihnen gleichsam vorschreibt, so ist es erst recht fraglich, ob man einen grossen Teil der Bevölkerung eines pluralistischen Landes wie der Schweiz dermassen geschlossen auf ein genau bestimmtes Verhalten einschulen und die Aggressionen all dieser Menschen auf einen Nenner leiten könnte. Die Anforderungen an die Psyche des Einzelnen sind in dieser Verteidigungsform viel grösser als bei einer gewaltsamen Verteidigung nach dem Muster der Résistance. Die vielen historischen Beispiele, vom Ruhrkampf bis zu den Tschechen 1968, sind aufschlussreich; eine Beweiskraft eignet ihnen indessen nicht.

Das andere Bedenken bezieht sich auf die «Weiterarbeit-ohne-Kollaboration», eine Forderung, die nicht leicht abzugrenzen ist, aber auch an der Frage der Facharbeiter scheitern kann: Die Besatzungsmacht kann eigene Fachleute mitbringen. Die Verteidigung muss für jede Position zwei oder drei ausgebildete Nachfolger bereitstellen, will sie nicht hier schon dem Feinde eine Blösse bieten. Die hochgradige Technisierung unserer Produktion und Versorgung bringt es mit sich, dass die Ausschaltung einer verhältnismässig kleinen Zahl von Leuten bereits den ganzen Apparat lähmt.

Es wäre nicht zu verantworten, die Umrüstung auf Gewaltlosigkeit in unserem Lande als nächste Massnahme zu fordern. Wohl aber könnte und sollte gerade auch von der schweizerischen Friedensforschung her das Modell einer zweiten Front entwickelt werden, einer zusätzlichen Landesverteidigung der Gewaltlosigkeit. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei sind in der Schweiz Stimmen in dieser Richtung laut geworden, – inzwischen auch wieder verstummt. Die Umrüstung auf eine nichtaggressive Verteidigung wäre eine zusätzliche Chance der Landesverteidigung, die nicht verpasst werden sollte.

Friedensforschung

Prof. Dr. Daniel Frei

Friedensforschung im Zeitalter des «Overkill»

«Friedensforschung» ist in den letzten Jahren in der Schweiz wie im Ausland zu einer Modebezeichnung geworden für eine Sache, die im Grunde schon sehr alt ist: das wissenschaftliche Bemühen um die Ursachen des Kriegs und die Bedingungen des Friedens. Seit jeher haben Juristen, Historiker, Philosophen, Theologen und viele andere versucht, eine schöpferische Antwort auf die Herausforderung des Friedens zu finden.

Wenn alle diese Bemühungen heute unter dem Begriff der Friedensforschung zusammengefasst und verstärkt werden, so liegt das allerdings nicht an einer Modeströmung, sondern dies ergibt sich aus einem sehr ernsten und jedermann bekannten Sachverhalt: Noch nie war die Frage nach den Gründen von Krieg und Frieden für die Menschheit so schicksalhaft wie heute, wo die Supermächte über achtzigfache «overkill»-Mittel verfügen, also einander nicht nur einmal, sondern (wenn dieser Gedanke nicht haarsträubend absurd wäre!) gleich achtzigmal hintereinander vernichten könnten. Diese Frage ruft umso dringlicher nach einer Antwort als Not und Unrast in der Dritten Welt jährlich neue Krisenherde zeugen; die zunehmend häufiger auftretenden politischen Brände lokaler Art könnten einmal unversehens das Weltgebäude anstecken. Das wäre dann zweifellos der letzte Krieg der Menschheit...

Ausgangspunkt: die Konflikte ernst nehmen

Die neuen Denkanstrengungen um das Problem des Friedens haben jedoch nicht einfach herkömmliche Ansätze weitergeführt; vielmehr haben sie neue Grundlagen erarbeitet und sich damit zu dem entwickelt, was eben mit der neuen Bezeichnung beansprucht wird: zu einer *wissenschaftlichen Friedensforschung*.

Das bedeutet in erster Linie einmal Abhebung von jenen Ansätzen, die man als «utopisch» bezeichnen müsste; dazu gehö-

ren wohl alle Vorschläge, die den Konflikt an sich abschaffen wollen und denen die Vorstellung eines völlig problemlosen, paradiesisch unschuldigen Zusammenlebens der Menschen zugrundeliegt. Wenn dagegen die moderne Friedensforschung nach dem Frieden fragt, so weiss sie, dass sie realistisch sein und mit Konflikten rechnen muss. Denn Friede, politisch betrachtet, ist nichts anderes als *gezähmter Konflikt* – Konflikt gewaltfrei gelöst. Konflikte gab es immer und wird es immer geben; denn überall, wo die Summe der Wünsche (oder «Werte» oder «Interessen» oder «Ziele») der verschiedenen zusammenlebenden Individuen oder Gruppen grösser ist als die Summe der Mittel, die zur Erfüllung dieser Wünsche zur Verfügung stehen, da ist Konflikt.

Diese allgemeine Definition gilt nicht nur für das menschliche Zusammenleben, sondern für das Tierreich und die Welt der Pflanzen gleicherweise. Vielleicht ist der Konflikt sogar ein Merkmal des Lebens an sich. Bereits primitive Einzeller, die in irgendeinem Brackwasser umherschwimmen, kämpfen um etwas, von dem weniger vorhanden ist, als sie alle insgesamt brauchen: Licht, Raum, Nahrung. Bei höheren Lebewesen, bei Tieren und beim Menschen, dreht sich der Konflikt nicht nur um die Befriedigung materieller Bedürfnisse, sondern er geht auch um soziale Positionen: *Ein Gockel* nur kann «Alpha-Tier» im Hühnerhof sein; es gibt in jeder Herde nur *eine* Leitkuh; für sechs Millionen Schweizer stehen bloss zweihundert Nationalratssitze zur Verfügung. Mit andern Worten: Leben bedeutet immer Knappheit von irgend-etwas, und es geht stets darum, die sich überschneidenden Wünsche oder Interessen soweit abzubauen, dass ihre Summe nicht mehr grösser ist als die Summe der zu ihrer Befriedigung verfügbaren Mittel.

Alle Politik dreht sich um dieses Problem. Die Hauptaufgabe besteht darin, die wechselseitige Einschränkung der Wünsche ohne gewaltsames Kräfteressen vorzunehmen. Ein blutiges Hin und Her der Streitparteien, die dann «Frieden schliessen», kann nicht das richtige Verfahren sein. Man sollte den Frieden finden, bevor man ihn schliessen muss – einen Kompromiss aushandeln, bevor man zur Gewalt greift.

Die vier Grundfragen der Friedensforschung
Aus alledem ergeben sich die Fragestellungen für die Friedensforschung. Sie lauten:

1. Welche *Verfahren* gibt es, um Konflikte gewaltfrei zu regeln? Diese Frage ruft nach zwei weiteren Fragen:
 - Welches waren die bisherigen Verfahren (zum Beispiel Völkerbund, UNO, Abschreckung, imperiale «Pax»), und wo liegen deren Mängel?
 - Gibt es noch andere Möglichkeiten, die bisher nicht ausprobiert wurden?

2. Welches sind die *Bedingungen* oder Faktoren, von denen Erfolg oder Versagen dieser Verfahren abhängt? Hier geht es um Probleme, die unter dem Gesichtswinkel möglichst vieler Wissenschaften zu untersuchen sind (Politologie, Soziologie, Sozialpsychologie, Tiefenpsychologie, Nationalökonomie und andere).

3. Welche dieser Faktoren sind durch schöpferisches Tun des Menschen *beeinflussbar*; mit welchen Faktoren muss man dagegen als *unveränderlichen Gegebenheiten* rechnen?

4. Wie können die beeinflussbaren Faktoren so *gewandelt* werden, dass eine gesellschaftliche Ordnung entsteht, in der die gewaltfreie Regelung von Konflikten selbstverständlich ist? Hier erfolgt der Übergang von der Friedensforschung zur Friedenspolitik.

Diese vier Grundfragen der Friedensforschung lassen zwei wichtige Dinge erkennen: Erstens ist Friedensforschung in ihrer Absicht nicht wertfrei – sie beruht auf der Annahme, dass Frieden besser sei als Krieg. Das ist nicht selbstverständlich, bestand doch vor noch nicht allzulanger Zeit die Ansicht, Krieg sei ein «Gesundbad der Nation» und die «beste Bewährungsprobe edler Manneskraft». Zweitens will Friedensforschung ihrer Natur nach nicht eine beschauliche Tätigkeit für Gelehrte in welt-abgeschiedenen Klausen und akademischen Elfenbeintürmen sein, sondern sie fühlt sich, wie besonders die letzte Frage zeigt, praxis- oder politikbezogen. Das heisst: Sie mündet aus in konkrete, wissenschaftlich fundierte Vorschläge für ein bestimmtes Handeln, und sie wendet sich an bestimmte Adressaten – die verantwortlichen Behörden, die Parlamentarier, die Lehrer aller Stufen, die «Meinungsmacher» der Massenmedien und letztlich die Öffentlichkeit überhaupt.

Ein Schweizerisches Institut für Friedensforschung

Friedensforschung soll nun auch in der Schweiz eine Arbeitsstätte finden – dies ist das Ziel eines schon 1966 von Nationalrat Max Arnold eingebrachten Postulats «betreffend Schaffung eines Instituts für Konfliktforschung, Friedenssicherung, Rüstungsbeschränkung». Bis zur Stunde hat der Bundesrat diese Forderung noch nicht erfüllt, aber wenn nicht alles täuscht, wird er über kurz oder lang die nötigen Schritte hierzu unternehmen. Bereits ist diese Sache durch den Schweizerischen Wissenschaftsrat behandelt worden, und alt Botschafter Dr. Roy A. Ganz hat im Auftrag des Bundesrates eine Projektstudie ausgearbeitet.

Dass ein Land wie die Schweiz, ein Land mit einer grossen Friedenstradition und mit beträchtlichen finanziellen und intellektuellen Ressourcen, ebenfalls einen Beitrag zur Friedensforschung leisten muss, ist unbestritten. Lediglich in bezug auf die

Gestaltung des schweizerischen Beitrages ist die Lage noch nicht geklärt. An Ideen fehlt es zwar nicht; seit 1966 gibt es keine Hochschule und kaum eine Tageszeitung oder Zeitschrift mehr, die sich nicht in irgendeiner Weise einmal mit Friedensforschung befasst hätte. Dass dabei auch schon allerlei Unzutreffendes oder «Halbverdau-tes» oder aus eher trüben Quellen Stammendes in die Diskussion geworfen wurde, ist zwar an sich bedauerlich, aber doch nicht ganz unwillkommen, trägt es doch auf seine Weise zur Kopfkklärung bei; nur wäre es fatal, wenn die Friedensforschung als solche in den Augen der Öffentlichkeit durch lautstarke, aber wenig seriöse selbst-ernannte «Friedensforscher» in Misskredit gebracht würde.

Achtung vor Quacksalbern!

Quacksalber und Scharlatane gab und gibt es in jeder jungen Wissenschaft; dies folgt jeweils zwangsläufig aus der Tatsache, dass eine junge Wissenschaft noch wenig gesicherte Erkenntnisse zu bieten hat, wohl aber einem starken Bedürfnis nach praktischen Handlungsanweisungen begegnet – denen dann eben auf abgekürztem Weg, das heisst ohne lange wissenschaftliche Grundlagenforschung, Folge geleistet wird. An diesem Ungenügen litt sowohl die Medizin in der frühen Neuzeit wie die Soziologie im 19. Jahrhundert, und fast scheint es, dass die Friedensforschung nun auch diese Phase durchlaufen müsse. Im Falle der Friedensforschung bedeutet das, dass immer wieder die Versuchung besteht, direkt und ohne die erforderliche mühsame Vorarbeit zu Formulierungen von «Friedensrezepten», wie sie gemäss Punkt 4 des genannten Fragenkatalogs anzustreben sind, vorzustossen. Dabei erschöpft sich dann aber die «Wissenschaftlichkeit» solcher Beiträge in der blossen Verbrämung eines ganz anders motivierten Wunschenkens.

Mögliche schweizerische Beiträge

Wie könnte die Schweiz zur Friedensforschung beitragen? Der Friede ist, wie ein geläufiges Wort besagt, unteilbar, und eine schweizerische (oder auf den schweizerischen Blickwinkel begrenzte) Friedensforschung kann und darf es darum nicht geben. Aber immerhin kann man bei der Wahl der Themen schweizerische Gegebenheiten berücksichtigen. Folgende Faktoren fallen vor allem ins Gewicht:

- Vermeidung von Doppelspurigkeiten, das heisst sinnvolle Arbeitsteilung mit dem Ausland. (In der Welt befassen sich heute über vierzig Institute mit Friedensforschung!)
- Gleichgewicht von Projekten, die langfristig (Grundlagenforschung) und kurzfristig (angewandte Forschung) Ergebnisse zeitigen. In Aufgaben letzterer Art sollen vor allem Probleme aufgegriffen werden, die in bestimmten Aktionen, zum

Beispiel schweizerischen Konferenzinitiativen, praktisch wirksam werden können.

- Gleichgewicht zwischen allgemeinen und spezifisch schweizerischen Themen, letztere ebenfalls im Hinblick auf konkrete Ansatzpunkte an den politischen «Hebeln», aber auch, um die schweizerische Öffentlichkeit mit aktuellen Themen an der Friedensforschung allgemein zu interessieren.

Ein Schweizerisches Institut für Friedensforschung könnte in seiner Anfangsphase – neben Dokumentations- und Informationsarbeit – gleichzeitig etwa drei bis vier Projekte bearbeiten. Im Sinne der genannten Kriterien käme beispielsweise folgende Kombination als vorläufiges Programm in Frage:

1. *Wirkungsmöglichkeiten humanitärer Organisationen*, insbesondere im Hinblick auf die politischen Randbedingungen und deren Bedeutung für die Erfolgsaussichten humanitärer Aktionen (Rotes Kreuz, Terre des Hommes, Caritas)
2. *Mechanik und Dynamik geographisch begrenzter Spannungsbemühungen* (Disengagement, Neutralisierung, ausgewogene Truppenrückzüge, Friedenszonen, Teil- und Ganzabrüstung)
3. *Entwicklung eines Modells des Systemwandels durch Einigungsprozesse in stark segmentierten politischen Systemen* (Grundlagenforschung mit spezifisch schweizerischem Einschlag: Es wird der Einigungsprozess in universalem Rahmen anvisiert, die empirische Basis könnte aber zum Teil der schweizerischen Politik entnommen werden.)
4. *Bestimmung der Motive für die Einstellung zu Krieg/Frieden und Kooperationswillen/Isolationismus in der Schweizer Bevölkerung* (als Grundlageninformation vor allfälligen Aktionen unerlässlich, bildet auch die Voraussetzung für Friedenspädagogik).

An Aufgaben fehlt es nicht. Entscheidend ist, dass aus der Fülle der bedrängenden Probleme jene ausgewählt werden, deren Bearbeitung grösste Vordringlichkeit zukommt und im Rahmen der in der Schweiz gegebenen Forschungsmöglichkeiten Erfolg verspricht.

Kurz vor Redaktionsschluss ging ein Beitrag von Dr. Oskar Müller, Zürich ein, der sich zufälligerweise mit dem gleichen Thema befasst. Er weist darauf hin, dass gerade die Schweiz als neutraler Kleinstaat und Ursprungsland des Roten Kreuzes prädestiniert ist, seine Rüstung zu beschränken und die Initiative für ein internationales Abkommen zu ergreifen, in dem sich möglichst viele Staaten zu einem Waffenhandelsverbot verpflichten würden.

Die Probleme sind sicher nicht einfach zu lösen, aber «wo ein Wille ist, ist auch ein Weg».

Bewahren, forschen und verbreiten

Zweck und Aufgabe des Dunant-Instituts in Genf

Die Idee, in Genf ein internationales Rotkreuzzentrum zu schaffen, war im Laufe der Jahre mehrfach aufgetaucht, aber es bedurfte einer besonderen Gelegenheit, damit sie Gestalt annehme. Diese Gelegenheit ergab sich anlässlich der Hundertjahrfeier des Roten Kreuzes im Jahre 1963. Während der fast dreijährigen Vorbereitungszeit, als das Internationale Komitee, die Liga der Rotkreuzgesellschaften und das Schweizerische Rote Kreuz in enger Zusammenarbeit das Programm für die Jubiläumsveranstaltungen mit Festakt, Ausstellungen, Seminarien und die erforderliche Dokumentation ausarbeiteten, verdichtete sich der Wunsch, etwas Bleibendes zu schaffen, das über das besondere Ereignis hinaus die so schön offenbarte Einheit festigen, das im gemeinsamen Feiern neu belebte Feuer bewahren und die reichen Impulse fruchtbar machen würde, damit der Rotkreuzgedanke vermehrt in aller Welt wirksam werde.

Dank der grosszügigen Jubiläumsspende der Eidgenossenschaft an das Internationale Rote Kreuz durfte man nun daran denken, dieses Rotkreuzzentrum zu errichten. Es sollte eine Stätte der Forschung, der Bildung und des Unterrichts, der Begegnung und Besinnung und zugleich ein Museum und eine Dokumentationsstelle für das ganze Rote Kreuz werden. 1965 wurde das «Institut Henry-Dunant» gegründet und Professor von Albertini, der an seiner Entstehung wesentlichen Anteil hatte, zum ersten Präsidenten des Stiftungsrates gewählt. Die eigentliche Tätigkeit des Instituts, das sich im Hause Nr. 3, rue Varembe in Genf befindet, begann 1968 mit der Durchführung eines Kolloquiums unter dem Titel «Der moderne Staat und das Rote Kreuz». Rotkreuzvertreter aus der ganzen Welt und Delegierte von vierzehn internationalen Organisationen nahmen daran teil.

Die drei vorgenannten Tätigkeitsrichtungen des Instituts ergeben sich aus folgenden Voraussetzungen:

Forschung

Während mehr als einem Jahrhundert brachte das Rote Kreuz Neuerungen auf verschiedenen Gebieten: Kriegerrecht, Pflege von Verwundeten und Kranken, Hilfe an Opfer von Kriegen und Katastrophen. Angesichts der technischen und sozialen Umwälzungen in unserer Zeit muss es immer wieder neue Wege suchen und seine Wirksamkeit erhöhen. Es muss seinem europäischen Ursprung entwachsen und lernen, andern Menschen zu dienen, die andere Bedürfnisse, eine andere Weltanschauung und Lebensweise haben.

Ausbildung

Zu Anfang hatte das Rote Kreuz eine einzige Aufgabe: den Armeesaniättsdienst im Felde zu unterstützen. Aber die Aufgaben haben sich vervielfacht und sind heute so zahlreich wie die Ursachen menschlichen Leidens. Zu ihrer Erfüllung braucht es Spezialisten auf mancherlei Gebieten, und die freiwilligen Helfer müssen besser ausgewählt, besser vorbereitet werden.

Die Ausbildung der Fachleute und Freiwilligen ist in erster Linie Sache der nationalen Rotkreuzgesellschaften, der Liga der Rotkreuzgesellschaften und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, entsprechend ihren jeweiligen Bedürfnissen. Es zeigte sich jedoch die Notwendigkeit, eine ständige Ausbildungsstätte zu besitzen, die in der Lage ist, das Rüstzeug für höchste Ansprüche zu vermitteln.

Veröffentlichungen

Rotes Kreuz bedeutet handeln. Die Geschichte des Roten Kreuzes ist eine lange Kette von Aktionen. Die darin enthaltenen Schätze an Überlegungen, Erfahrungen und Beispielen verdient, nicht nur in Rotkreuzkreisen, sondern in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu werden. Andererseits können Forschungen und Studien auf ganz verschiedenen Gebieten für das Rote Kreuz von Nutzen sein. Indem das Institut zur Veröffentlichung und Verbreitung solcher